

9.22

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Haus und vielleicht auch zu Hause, die sich unsere Sendung via Internet anschauen, da wir ja heute wieder einmal keine ORF-Übertragung haben! Herr Minister, Sie gelten ja einerseits als durchsetzungsfähiger Politiker, andererseits aber auch als Schöngest, und daher verstehe ich natürlich, dass Sie sich als solcher heute das Thema zeitgenössische Kunst, die Mobilität, Anwendung, Vernetzung et cetera gewählt haben. In Zeiten wie diesen kann ich das durchaus verstehen. Sie sind aber nicht nur Kulturminister, sondern Sie sind auch Kanzleramtsminister der Regierung Faymann II gewesen, der Ihnen jetzt allerdings abhandengekommen ist. Sie galten in den Medien immer als sein alter Ego, man hat immer gesagt: Ohne den Ostermayer geht überhaupt nichts! Wir wären somit der Meinung gewesen, dass man angesichts der jüngsten Ereignisse nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen kann und sich über zeitgenössische Kunst unterhalten sollte.

Kunst und Kultur sind durchaus wichtig, darin sind wir uns einig. Kollegin Grimling hat uns soeben genau erklärt, welche Förderungen es gibt, welche Projekte gefördert werden, Anzahl und Art und Weise. Gerade bei diesen Förderungen steht auch immer wieder der Vorwurf im Raum, dass viele der geförderten Künstler als Staatskünstler zu bezeichnen sind, die dann natürlich nach dem Motto vorgehen: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!, und das ist etwas, das nicht sein sollte; ob jetzt berechtigt oder unberechtigt. Sie wissen, wir haben immer wieder der Absetzbarkeit des privaten Sponsorings das Wort geredet, wir sind überhaupt mehr dafür, dass sich Kunst privat vermarkten muss, versuchen muss, Kunstliebhaber zu finden, die bereit sind, Kunstwerke zu kaufen oder auch Künstler zu fördern. Wir wollen nicht in das Mäzenatentum zurückverfallen, wie das vor 500 Jahren üblich war, aber ich glaube trotzdem, eine gewisse Unabhängigkeit der Künstler, und zwar mehr als jetzt, sollte gegeben sein.

Herr Minister, Sie sind, wie gesagt, nicht nur für Kunst, sondern eben auch für Medien zuständig, und das wäre jetzt zum Beispiel ein Thema, über das ich mich gerne unterhielte, denn wenn man sich angesichts der Bundespräsidentenwahl – beim ersten Wahlgang und jetzt auch vor dem zweiten Wahlgang – anschaut, was der sogenannte unabhängige ORF macht, dann muss man sagen, das ist wirklich beschämend und überhaupt nicht im Einklang mit seinem Auftrag, nämlich einerseits dem Bildungsauftrag und andererseits dem Auftrag zur Verpflichtung zu Objektivität.

Ich nehme jetzt als Beispiel – weil es auch in den Medien in den letzten Tagen so groß herausgebracht wurde – Dittlbacher, der im Rahmen einer ORF-Sendung einfach eine persönliche Meinung kundtut. Dittlbacher kann privat denken, was er will, er kann wählen, was er will, das ist ja selbstverständlich und muss nicht besonders erwähnt werden, aber es hat nichts in einer ORF-Sendung verloren, wenn er seiner Präferenz Ausdruck verleiht. Und dieser Vorwurf kommt nicht zum ersten Mal, da sollte man dringend etwas tun.

Gerade dazu passend, zur Unabhängigkeit des ORF und der Medien insgesamt: Der Radiotest wurde jahrelang manipuliert, damit im Zusammenhang steht ein finanzieller Schaden von bis zu 20 Millionen € im Raum. Worum geht es? – Es geht um die Tagesreichweite und den Marktanteil der beteiligten Radiostationen. Da wurden, so ist der Vorwurf, Manipulationen vorgenommen.

Beispiel Steiermark: Im zweiten Halbjahr 2015 wurden für Antenne Steiermark 24 Prozent Marktanteil ausgewiesen, sie hatte aber 31 Prozent. 5 Prozent dieser Differenz flossen zu Ö3 – Ö3 hatte somit 37 statt 32 Prozent –, 2 Prozent zu Radio Steiermark des ORF.

Das Gleiche gilt für Kärnten: statt 26 Prozent nur 22 Prozent für den Privatsender.

Das ist schon auch ein Sittenbild der Medienlandschaft, muss man schon sagen. Dass da Marktanteile manipuliert werden, ist ungefähr so wie der Abgasskandal, der ja auch noch nicht so lange her ist. Ich meine, da gehört dringend etwas getan, und ich denke, Sie als für die Medien zuständiger Minister sollten sich da vielleicht stärker einbringen!

Etwas, das Ihnen als Kulturminister auch sehr am Herzen liegt, ist das Haus der Geschichte, über das wir uns ja auch schon öfter unterhalten haben. Dazu möchte ich Ihnen nur sagen, wir haben vergangenen Montag eine wirklich tolle Veranstaltung am Cajetan-Felder-Institut gehabt, wir haben mit Oliver Rathkolb, Kurt Scholz, Lothar Höbelt und anderen diskutiert. Natürlich hat es unterschiedliche Meinungen gegeben, wobei – das sage ich Ihnen auch durchaus gerne – sich dann alle, inklusive Walter Rosenkranz, doch irgendwie einig darin waren, dass man, wenn man etwas will, das in einer Regierung vorantreibt, und das haben Sie ja getan. Das ist etwas, wofür ich Ihnen Respekt zolle, auch wenn ich jetzt mit dem Haus der Geschichte, so wie Sie es planen, nicht einverstanden bin, aber ich bin an sich grundsätzlich der Meinung, wenn sich eine Regierung – jede Regierung – etwas vorgenommen hat, dann sollte sie das auch wirklich durchsetzen und auch wirklich machen. Dass Sie das beim Haus der Geschichte nicht getan hätten, kann man Ihnen nicht vorwerfen, wiewohl es dazu

unterschiedliche Meinungen quer durch die Parteien gibt; wir sind nicht die Einzigen, die da kritisch sind.

Ich glaube trotzdem, in Zeiten wie diesen müssen wir uns viel mehr und dringender über die Probleme in unserem Land unterhalten. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit in der gesamten Zweiten Republik, unser Budgetdefizit explodiert. Andere Staaten haben einen Budgetüberschuss, bei uns steigt das Budgetdefizit. Wir haben die Flüchtlings- und Zuwanderungswelle zu verkraften, und wir wissen nicht, wo wir sie unterbringen, wie wir sie unterbringen, weil uns die Wohnungen fehlen. Wir wissen nicht, wo sie arbeiten können, weil uns die Arbeitsplätze fehlen – 500 000 eigene Arbeitslose, eh schon eine Katastrophe –, und wir wissen auch nicht, wie wir sie in den Schulen unterbringen sollen. Darauf hatte die Regierung bislang keine richtige Antwort. Man hat sich darüber gestritten, ob der Zaun anders genannt werden muss, etwa Tür mit Seitenteilen, oder ob er doch Zaun genannt werden darf, und ähnliche Nebensächlichkeiten mehr. (*Bundesrat Mayer: Zeitgenössischer Zaun!*)

Das wären die wesentlichen Dinge, über die wir uns unterhalten sollten, und ich denke, dass Sie als Kanzleramtsminister dafür nicht ganz unzuständig sind!

Für Kunst und Kultur interessieren sich die Leute gerne dann, wenn alle anderen Probleme einigermaßen gelöst sind oder man das Gefühl hat, dass sie einer Lösung zugeführt werden. Aber solange das nicht passiert, wird man, glaube ich, mit dem Thema Kunst nicht wirklich einen Blumentopf gewinnen. Daher würde ich sagen: Nehmen wir uns zuerst einmal die ganz wichtigen Dinge vor und unterhalten wir uns dann gerne auch über Kunst – aber erst danach und nicht so quasi nach dem Motto: Ich leg' alles andere weg, mach' weiter wie bisher!

Das Kunstthema ist ein schönes Thema und durchaus auch ein wichtiges Thema, aber es lenkt halt von allem anderen, was im Moment tatsächlich im Brennpunkt steht, ab. Daher sagen wir, das Thema für diese heutige Aktuelle Stunde ist aus unserer Sicht einfach falsch gewählt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

9.30

Präsident Josef Saller: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Bundesrätin Mag. Schreyer. – Bitte.